Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 35 — Jahrgang 213

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zurzeit postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 22. Januar

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 30 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 1,50 ℳ. Nachweis nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Die preußische Landesversammlung hat in ihrer ersten Sitzung nach der Januarpause den abgetretenen Gebieten eine Kundgebung dargebracht.

* Zum bayerischen Finanzminister als Nachfolger Speds wird von der bayerischen Volkspartei Ministerialrat Kofler vorgeschlagen.

* Die im Magdeburger Bezirk bestehende Hochwassergefahr ist als beseitigt anzusehen, da die Elbe um ½ Meter zurückging.

* Die Hotelbesitzervereine haben die Schließung aller Hotelküchen zum 1. Februar angekündigt.

* Raymond Fosdick, Untergeneralsekretär des Völkerbundes, gab seine Entlassung wegen der schwierigen Lage, in der er sich befinde. Diese Lage werde geschaffen durch die Untätigkeit der Vereinigten Staaten hinsichtlich des Inkrafttretens des Völkerbundes.

* Die Belgrader Regierung verzichtet in ihrer Antwort an den Obersten Rat auf die Herrschaft über Fiume.

Holland liefert nicht aus

Rotterdam, 21. Januar.

Aus zuverlässiger Quelle erfährt der „Lok.-Anz.", daß die niederländische Regierung ihre Tradition über das Asylrecht aufrechterhalten und dem Ersuchen um Auslieferung Wilhelms II. nicht stattgeben wird.

Amsterdam, 20. Januar.

„Telegraaf" meldet, daß an den maßgebenden niederländischen Stellen die Ansicht vorherrscht, daß die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers nicht stattfinden dürfe. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt, man habe stark den Eindruck, daß das Vorgehen gegen den Kaiser mehr auf Völkerhaß und auf den Einfluß von Geistern zurückzuführen sei, die man einst rief und jetzt nicht wieder loswerde, als auf Erwägungen über Menschenrechte. Das Blatt weist darauf hin, daß der Prozeß auf die Menschheit eine äußerst verwerfliche Wirkung ausüben werde, daß er vielleicht Monate, ja sogar Jahre dauern könne, wenn er ehrlich geführt werde, daß dabei die gesamte schmutzige Wäsche der europäischen Politik vor 1916 zum Vorschein kommen werde, und daß die Fluten des Hasses hochschlagen würden. Und dies zu einer Zeit, in der vor allem an Aufbau gedacht werde und Annäherungen zwischen den Völkern gesucht werden müßten, wenn nicht das gesamte Zusammenleben im Chaos untergehen solle. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß Holland dem allgemeinen Zusammenleben keinen größeren Dienst erweisen könne, als wenn es sich weigere, den Kaiser auszuliefern.

Kopenhagen, 21. Januar.

Die „Westminster Gazette" schreibt zu der Ententenote an Holland, man werde sicher eine große Enttäuschung erleben. Der Notenaustausch über die Auslieferung werde monatelang dauern und wahrscheinlich zu nichts führen. In der Note hat man, wie englischerseits erklärt wird, die Namen derjenigen Personen, die ausgeliefert werden sollen, nicht genannt, ebenso werden auch die deutschen Generale nicht angeklagt, die die Schuld an der Zerstörung der Städte tragen, die auch die Alliierten gezwungen waren, aus militärischen Gründen derartige Zerstörungen vorzunehmen.

Die Räumung der Ostmark

Im Raume zwischen Namslau und Driesen ist das Abstimmungsgebiet seit dem 19. Januar 1920 vollkommen geräumt. Die Truppen stehen hinter der vorläufigen Grenzlinie.

In Westpreußen wurde am 19. Januar die Räumung der ersten Zone des deutsch-polnischen Vertrages beendet. An größeren Orten wurden an diesem Tage von den Polen besetzt: Kolmar, Jarotschin, Netzwalde, Schönsee, Neumark, Löbau. Am 20. Januar wurde Bromberg-Briesen geräumt.

In Ostpreußen ist die Räumung der ersten Zone des Abstimmungsgebiets seit dem 19. Januar im Gange.

Die Besetzung des südlichen Masuren und der Städte Soldau und Lautenburg (Westpreußen) ist ohne Zwischenfall vor sich gegangen.

Danzig, 21. Januar.

Die großdeutschen Kundgebungen im westpreußischen Abstimmungsgebiet haben gestern unter reger Beteiligung in den vier Kreisen Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg stattgefunden und einen eindrucksvollen Verlauf genommen. Alle Versammlungslokale waren überfüllt. Es sprachen Redner aller in den Arbeitsgemeinschaften vereinigten politischen Parteien. In den Versammlungen in Marienburg wurden Entschließungen angenommen, die folgenden übereinstimmenden Wortlaut haben:

„Mehrere Tausend Männer und Frauen, die heute in der alten Ordensstadt versammelt sind, geloben nach Inkrafttreten des Friedensvertrages noch einmal feierlichst gleich ihren Vorfahren treues und einmütiges Festhalten am Deutschtum. Das westpreußische Abstimmungsgebiet ist urdeutscher Boden, durch deutsche Männer besiedelt und durch deutschen Fleiß, deutsche Tüchtigkeit und deutschen Ordnungssinn zu einer blühenden und kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung gebracht. Dies urdeutsche Land, an dem wir mit jeder Faser unseres Herzens hängen, wollen wir dem deutschen Vaterlande erhalten. Westpreußen ist eine Stätte deutscher Kulturarbeit. Die durch die Arbeit unserer Väter erworbenen Rechte können nicht erlöschen. Wir waren deutsch, sind deutsch und wollen Deutsche bleiben. Gott schütze Westpreußen."

Entschließungen des gleichen Inhalts sind auch in den übrigen Orten angenommen worden.

Leider bestätigt sich die Nachricht, daß die polnische Regierung die Auflösung der deutschen Volksräte in Westpreußen verfügt hat. Damit soll die gemeinsame Vertretung aller Deutschen gegenüber den Polen unmöglich gemacht werden.

Deutschnationale und Neuwahlen

Die Versammlung der Landes-Vorstände der Deutschnationalen Volkspartei, die am 20. Januar im Festsaal des Abgeordnetenhauses stattfand, faßte folgende Entschließung:

Gegenüber der vom Reichsfinanzminister Erzberger auf dem Zentrums-Parteitag gemachten Aeußerung, die Wahlen zum Reichstag würden „noch in diesem Jahre" stattfinden, erklärt die Versammlung der Landesvertreter der Deutschnationalen Volkspartei:

„Die Nationalversammlung hat heute keinen Auftrag ihrer Wähler mehr, weiterhin Gesetze zu beschließen. Wir erheben die nachdrücklichste Rechtsverwahrung gegen das Fortbestehen der Nationalversammlung im Interesse der Achtung vor dem Gesetz und dem klar ausgesprochenen Willen des Volkes. Wir verlangen schnellste Vorlegung des Wahlgesetzes und darauf folgende Neuwahlen."

Der Kampf um den Ministerposten

Berlin, 21. Januar.

Nachdem die Demokraten vergeblich nach einem neuen Reichsschatzminister gesucht haben, erhebt das Zentrum neuerdings wieder Anspruch auf den Ministerposten. Die Fraktion sei, so wird uns gesagt, die zweitgrößte in der Regierungskoalition geblieben. Denn es sei so gut wie sicher, daß die Pfälzer und verschiedene Franken nicht mit Dr. Heim mitmachen, sondern im Zentrum bleiben. Maßgebende Demokraten hätten, wie uns weiter aus Zentrumskreisen verlichert wird, sich damit einverstanden erklärt, daß dem Zentrum bei der Besetzung des Reichsschatzministeriums der Vortritt gelassen würde. Es fragt sich natürlich noch, ob die demokratische Fraktion in ihrer Gesamtheit damit einverstanden ist, daß das Zentrum das freigewordene Ministerium erhascht.

Streik auf den sächsischen Staatsgütern

(Von unserem hl.-Sonderberichterstatter.)

Bautzen, 21. Januar.

Die gesamte Arbeiterschaft der sächsischen Staatsgüter ist in den Ausstand getreten. Der Streik nimmt immer stärkere Formen an. In Löbau mußte die Reichswehr eingreifen, doch wird der Streik weiter versucht. Die Ursache des Streikes ist, daß den Arbeitern die Teuerungszulagen, die die Beamten erhalten haben, nicht gewährt worden sind.

Der neue bayrische Finanzminister

München, 21. Januar.

Zum bayerischen Finanzminister an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten von Sped ist der Ministerialrat Kofler vom Finanzministerium in Aussicht genommen. Er steht im 57. Lebensjahre und ist erst spät ins Ministerium berufen worden. Zuvor war er bei der Generaldirektion der staatlichen Berg-, Hütten- und Salinenwerke. Er gehört der Bayerischen Volkspartei an, aber nicht dem Landtag. Seine Partei präsentiert ihn auf Grund der Koalitionsparität für den freigewordenen Ministerposten. Der bisherige Finanzminister von Sped ist in den Reichsdienst übergetreten, Präsident des Landesfinanzamts München geworden und will als solcher Vorsitzender der der Reichsregierung und insonderheit dem Reichsfinanzminister Erzberger so scharf opponierenden Bayerischen Volkspartei bleiben. Das wird unbeschadet der Neuartigkeit der Verhältnisse für unverein bar erachtet und hat deshalb auch bereits zu einer lebhaften Preßkontroverse geführt.

Die Millerand-Politik

Paris, 21. Januar.

Ein unter dem Vorsitz Millerands abgehaltener Ministerrat billigte die Richtlinien der ministeriellen Erklärung, die von Millerand in der Kammer, von L'Hopiteau im Senat verlesen werden wird. Hinsichtlich der äußeren Politik wird der Wille des Kabinetts, der im Einvernehmen mit den Alliierten geführten Politik treu zu bleiben, zum Ausdruck gelangen. Der Vertrag von Versailles müsse voll und ganz durchgeführt werden. Der Völkerbund könne in dieser Hinsicht ein wertvolles Hilfsmittel sein. Ueber die innere Politik wird dargetan, daß Frankreich die neuen Steuern auf sich nehmen müsse, um die Kriegskosten bezahlen zu können. Der sozialen Frage wird nur in einer Erwägung Raum gewährt, die, im Geiste des Waldeck-Rousseauschen Programms gehalten, lautet: Das Kapital muß arbeiten, die Arbeit muß zu Besitz gelangen. Schließlich heißt es in der Erklärung, daß die Regierung sich nicht in konfessionelle Dinge mischen werde. Die Trennung von Kirche und Staat bedeute nicht einen Kriegszustand, sondern ein freiheitliches Regime.

Die Deutschnationale Volkspartei und die deutschen Katholiken

Bei der Parteileitung gehen wiederholte Aeußerungen ein, in denen von katholischen Parteimitgliedern oder doch von katholischer parteifreundlicher Seite aus in fürsorglichem Interesse für die Entwicklung der Partei darauf hingewiesen wird, daß von Rednern und Rednerinnen der Partei und vielfach auch in Aufsätzen der rechtsstehenden Presse ein einseitig protestantischer Standpunkt betont und Anschauungen vorgetragen werden, die im katholischen Lager dahin ausgelegt werden könnten, daß man politische Gegensätze zwischen den Katholiken als solchen und dem Protestantentum als vorhanden annähme, beispielsweise die Katholiken als grundsätzliche Gegner des „protestantischen Kaisertums" oder der preußischen Einheit betrachtet. Daß solche Anschauungen dem Standpunkt der Partei nicht entsprechen, bedarf ebensowenig der Ausführung, wie daß es in hohem Grade unerwünscht ist, wenn dadurch Irrtümer hervorgerufen werden und der gegnerischen Presse Gelegenheit geboten wird, derartige Mißverständnisse zu heftigen Auslassungen über wieder beginnenden konfessionellen Hader u. dergl. auszubeuten. Indem gebeten wird, diesen Vorgängen Beachtung zu schenken und solchen Mißverständnissen in geeigneter Weise vorzubeugen, geben wir Kenntnis von dem Inhalte eines Schreibens, das in ähnlicher Angelegenheit vor kurzem von unserem Vorsitzenden an den Landesverband Münster gerichtet ist und das wie folgt lautet:

Berlin, den 2. Januar 1920.

Die Mitteilungen des Landesverbandes über die Planmäßigkeit, mit der in der gegnerischen Presse über das Verhältnis der Deutschnationalen Volkspartei zu den katholischen Volksgenossen unrichtige Darstellungen verbreitet werden, geben mir erwünschte Veranlassung, zu dieser Frage ausführlich Stellung zu nehmen. Ich tue dies um so lieber, als vielfach auch aus den Kreisen unserer eigenen Parteianhänger, die sich zum katholischen Glauben bekennen, wie neuerdings auch aus solchen Kreisen, die früher dem Zentrum angehörten, sich aber innerlich bereits von diesem abgewendet haben, weil sie dort unter der gegenwärtigen Führung die nationalen und kirchlichen Interessen nicht genügend gewahrt sehen, der Wunsch ausgedrückt worden ist, die Deutschnationale Volkspartei möge ihren interkonfessionellen Charakter und ihre Bereitwilligkeit, auch katholische Interessen in gleicher Weise und mit demselben Nachdruck wie die Interessen der evangelischen Konfession zu vertreten, in programmatischer Form betonen, damit dadurch die in dieser Beziehung noch hie und da bestehenden Bedenken zerstreut und bei den katholischen Freunden der Partei ein volles Vertrauen zu unserer Organisation erweckt würde.

In Erfüllung dieses Wunsches kann ich zunächst auf unsere Richtlinien verweisen, mit denen wir seinerzeit in den Wahlkampf gegangen sind und die den paritätischen Charakter der Partei in folgenden Sätzen festgelegt haben:

„Für jede religiöse Empfindung, jede kirchliche Einrichtung und jede Religionsgemeinschaft ist Achtung und Schonung zu fordern. Unter allen Umständen muß für die innere Freiheit und für eine rechtlich gewährleistete Stellung der Kirchen und ihrer Diener, sowie für eine Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Existenz und ihrer wohlerworbenen Rechte Sorge getragen werden."

Ich brauche ferner nur auf die gesamte von der Fraktion der Partei in der Nationalversammlung und in der Preußischen Landesversammlung geübte Tätigkeit Bezug zu nehmen, die ihrerseits den Nachweis dafür bringt, daß die Partei in ihrem Ziele, für Christentum und kirchliche Interessen einzutreten, nie wankend geworden, auf keine Kompromisse eingegangen ist und sich von jeder einseitigen Beurteilung vom Standpunkte einer einzelnen Konfession aus stets fern gehalten hat.

Auch das neue Parteiprogramm, das in der Ausarbeitung begriffen ist, wird diesen christlich-religiösen und paritätisch-kirchlichen Charakter der Partei in klarer Form zum Ausdruck bringen. Da aber bis zur Veröffentlichung des Programms noch einige Wochen vergehen dürften, möchte ich nicht verfehlen, schon jetzt diejenigen Punkte, auf die es zur Beseitigung etwaiger Zweifel ankommen dürfte, hier in gedrängter Kürze zusammenzufassen:

1. Die Deutschnationale Volkspartei sieht in der Durchdringung unseres Staats- und Volkslebens mit den Lebenskräften des Christentums eine wesentliche und unentbehrliche Grundlage für die gedeihliche Entwicklung des Vaterlandes und hat sich deshalb von ihrer Gründung an mit Entschiedenheit auf den Boden des Christentums gestellt. Da die Verwirklichung des christlichen Lebensideals sich praktisch nur auf kirchlich-konfessionellem Wege erreichen läßt, hat die Deutschnationale Volkspartei es sich zur Pflicht gemacht, die kirchenpolitischen Interessen und die Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der in Deutschland bestehenden kirchlichen Vereinigungen insbesondere der evangelischen und katholischen Kirche, nachdrücklich zu vertreten. Sie wird daher auch stets alle Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche verfechten, deren diese für sich und ihre Organisationen zur Erfüllung ihrer religiösen Aufgaben bedarf.

2. Das Bekenntnis zu einer nationalen Politik im Sinne des Programms der Deutschnationalen Volkspartei wird durch die konfessionelle Zugehörigkeit ihrer Glieder nicht berührt. Es wäre eine gänzlich unbegründete, höchst ungerechte und entschieden zurückzuweisende Verdächtigung, wenn etwa der Versuch gemacht werden sollte, die deutschen Katholiken wegen der Zugehörigkeit zu ihrer Kirche als in nationaler Hinsicht minder zuverlässig anzusehen. Der Deutschnationalen Volkspartei sind alle, die sich zu einer nationalen Politik bekennen, Katholiken wie Evangelische, gleichmäßig und als völlig gleichwertige und vollberechtigte Mitglieder willkommen.

3. Die Deutschnationale Volkspartei betrachtet es als Pflicht jedes national denkenden Deutschen bei voller Wahrung seines konfessionellen Standpunktes und der damit naturgemäß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001221-13/fragment/page=0001

zusammenhängenden Stellungnahme gegenüber der anderen Konfession, im öffentlichen und besonders im politischen Leben die religiösen Grundsätze in versöhnlichem Geiste zurücktreten zu lassen, damit die ohnehin schwer erschütterte Geschlossenheit der Nation nicht noch mehr gefährdet und das einmütige und vertrauensvolle Zusammenwirken beider Konfessionen in einer großen nationalen Partei zum Schutz der christlichen und nationalen Lebensgüter ermöglicht wird.

Indem ich anheimstelle, von diesen Sätzen öffentlich Gebrauch zu machen, darf ich hinzufügen, daß bei der Zentralstelle der Partei im organisatorischen Zusammenhang mit den bereits bestehenden Ausschüssen, die in den Kreisen der betreffenden Vertrauensmänner Verständnis für das Wesen und die Aufgaben der Partei erwecken, dafür Anregungen entgegengenommen und das gemeinsame Leben vertiefen sollen, ein Ausschuß für die katholischen Mitglieder der Partei gebildet werden wird, dem unter anderem auch die besondere Pflege der oben dargelegten Grundsätze zufallen wird. Dieser Ausschuß soll in Gemeinschaft mit dem bereits bestehenden Ausschuß deutschnationaler, evangelischer Geistlicher die Neugründung eines paritätisch zusammengesetzten Kirchenausschusses der Partei herbeiführen, der die Aufgabe hätte, den Kampf für die Freiheit der beiden Kirchen gemeinsam im Namen der Partei vor der Oeffentlichkeit zu vertreten und überhaupt in allen Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche, sowie von Kirche und Schule für eine gleichmäßige Behandlung der Interessen beider Konfessionen durch die Partei zu sorgen. Ich bin der Ansicht, daß eine solche Einheitsfront für den Kampf gegen Uebergriffe des Staates nur vorteilhaft sein würde. Gleichzeitig wird aber dadurch klargestellt, daß heute ein Kulturkampf ausgeschlossen sein muß, und die Front nicht etwa mehr sein darf: eine Konfession gegen die andere, — sondern daß beide große Konfessionen gemeinsam gegen die drohende Religionslosigkeit und Kirchenfeindlichkeit des Staates und gegen jeden Angriff auf die sittlichen Mächte des christlichen Glaubens zusammenstehen müssen.

Ich hoffe, daß auch diese Einrichtungen zur Hebung des Vertrauens unserer katholischen Volksgenossen zur Deutschnationalen Volkspartei beitragen werden. Es ist mir eine besondere Freude, Anfang Februar d. J. in Münster in öffentlicher Versammlung als Redner für unsere Sache eintreten zu können. Ich werde nicht verfehlen, dabei auch das Verhältnis der Partei zu ihren jetzigen und künftigen katholischen Mitgliedern zu behandeln und würde es mit Dank begrüßen, wenn auch meine Ausführungen für die Festigung der Beziehungen zwischen den der nationalen Sache zugetanenen Mitgliedern beider Konfessionen förderlich sein sollten.

Mit deutschem Gruß

Der Vorsitzende des Parteivorstandes der D. N. V. P.
gez. Hergt,
Staatsminister.

Das Urteil im Fall Barth

Leipzig, 21. Januar.

Im Prozeß gegen den Wendenführer Barth wurde heute mittag 1 Uhr vom Reichsgericht das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde wegen versuchten Landesverrats und versuchter Anstiftung zum Briefschmuggel zu drei Jahren Festungshaft verurteilt. Von der erlittenen Untersuchungshaft werden drei Monate auf die Strafe angerechnet. In der sehr eingehenden Urteilsverkündung hob der Präsident eine kurze historische Darstellung von der Bewegung der Lausitzer Wenden, deren Hoffnung auf Erlangung staatlicher Selbständigkeit oder mindestens eines Selbstverwaltungsbezirks durch die Erörterungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker genährt worden wäre. Diesen Bestrebungen hatte der Angeklagte sich angeschlossen und sich dadurch strafbarer Handlungen in zwei Fällen schuldig gemacht. Die erste strafbare Handlung besteht darin, daß Barth am 10. März 1919 in Bautzen den Flugzeugbeschauer Hilker zur Mitnahme eines Briefes über die Grenzen an einen ausländischen Staatsmann und Militärbevollmächtigten ohne behördliche Verlegelung veranlaßt hat. Mit diesem Brief bezweckte er, zur Abwendung einer vermeintlichen Gefahr für seine Stammesgenossen beizutragen und feindliche Truppenkörper in die Lausitz zu ziehen, wodurch der feindlichen Kriegsmacht Vorschub geleistet worden wäre. Dieser Briefschmuggel ist nicht gelungen und es damit beim Versuch geblieben. Die zweite strafbare Handlung ist in dem Gespräch erkannt worden, das der Angeklagte am 8. April 1919 in Paris mit dem Vertreter des deutschfeindlichen Blattes „Matin" gehabt hat, und in dem er diesem eine Reihe von teils willkürlich erfundenen, teils wahren, aber aufgebauschten Angaben über erneute Bestrebungen Deutschlands in bezug auf Kriegsrüstungen gemacht hat, indem er dadurch ein Wiederaufflackern des Krieges zu erreichen hoffte und seinen wendischen Landsleuten durch rasches Eingreifen feindlicher Heere zu nützen trachtete. Zugunsten des Angeklagten sprach, daß die Triebfeder seines Tuns nicht nur die Wahrnehmung von Parteiinteressen war, daß er sich selbst seit Aufgreifen zur Hebung des wendischen Volkstums eingesetzt hat, und daß er in seiner Verblendung die Gefährlichkeit seines Tuns unterschätzt hat.

Wiederbeginn im Preußenparlament

Der Abschiedsgruß an die verlorenen Marken — Die Hilfe für das Rheinland

(Von unserem hl-Sonderberichterstatter.)

Die heutige erste Sitzung der preußischen Landesversammlung nach den Weihnachtsferien wurde mit einer eindrucksvollen Trauerkundgebung anläßlich des Inkrafttretens des Friedensvertrages eingeleitet. Das Haus war stark besucht. Die preußischen Minister waren vollzählig zur Stelle. Nach Erledigung der Eingänge verlas der Vizepräsident Dr. Porsch vor der Landesversammlung eine Trauerkundgebung, die von den Mitgliedern aller Parteien stehend angehört und mit großem Beifall aufgenommen wurde. „Der Friede ist in Kraft getreten unter vollständiger Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker werden aller Gerechtigkeit zum Trotz weite Gebiete von Preußen losgelöst. Die preußische Landesversammlung nimmt einmütig von der überaus schmerzlichen Tatsache Kenntnis. Aber die Bevölkerung dieser Gebiete wird damit nicht vom deutschen Stamme, vom deutschen Geistesleben, von der preußischen Sprache losgelöst. (Beifall.) Die bestehende Gemeinschaft kann auch die grausamste Gewalt nicht trennen. Wir geloben unseren Brüdern Treue und wissen, daß auch sie uns diese Treue halten werden. Wir vertrauen, daß die Gerechtigkeit in der Weltgeschichte sie wieder mit uns vereinen wird. (Lebhafter Beifall.)"

Berlin, 21. Januar.

2 Uhr nachmittags.

Vizepräsident Dr. Porsch: Der jetzt in Kraft getretene grausame Friedensvertrag, reißt unter völliger Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker weite Gebiete mit kerndeutscher Bevölkerung von Preußen los, die in jahrhundertlanger Zugehörigkeit zu unserem Lande auf eine hohe Stufe der Kultur gehoben worden sind. Mit tiefster Trauer nimmt die Landesversammlung von der vollzogenen Trennung Kenntnis, aber die deutsche Stammeszugehörigkeit, die deutsche Kultur, der deutsche Geist und die deutsche Sprache, diese Gemeinsamkeit wird auch die grausame Gewalt nicht zerstören können. Wir geloben ihnen Treue für immer und hoffen, daß auch sie ihrem Deutschtum die Treue halten werden. Wir vertrauen, daß die Gerechtigkeit der Welt auch uns mit ihnen wieder vereinigen wird. (Brausender Beifall auf allen Seiten des Hauses, das sich während der Ansprache des Präsidenten von den Sitzen erhoben hat.)

Abg. **Hoffmann** (U. S.): Auch die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten bedauert die Lostrennung Deutschlands. Der Friede von Versailles ist ein Gewaltfrieden, er verweigert den Völkern die Selbstbestimmung, deshalb verlangen auch wir die Revision. Wir erstreben sie nicht durch einen neuen Krieg, wir erwarten aber, daß die Völker das Selbstbestimmungsrecht aus den Händen der Internationalen Sozialdemokratie erhalten werden. Ihr wird die Gerechtigkeit der Welt den Sieg verleihen.

Zur Beratung steht die Bitte der Regierung, sie zu ermächtigen, den Ueberschwemmungsgebieten im Westen im weitesten Maße Hilfe zu gewähren und die hierfür erforderlichen Unterstützungen aus den bereiten Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Ministerpräsident **Hirsch:** Ich danke dem Präsidenten, daß er den Gegenstand zuerst auf die Tagesordnung gesetzt hat. Unser Antrag bezweckt eine sofortige Hilfsaktion für die durch das Hochwasser geschädigten Gebiete. Die Ueberschwemmungen im Rheinlande haben unübersehbare Schäden für das lebende und tote Eigentum der Einwohner zur Folge. Die ärmere Bevölkerung wird besonders hart betroffen. Zur Linderung der Not hat die Regierung sofort 125000 Mark zur Verfügung gestellt. Diese Summe reicht jedoch bei weitem nicht aus; wie hoch sie sein muß, läßt sich noch gar nicht feststellen. Die Regierung bittet daher den Höchstbetrag bis zum Beschluß der Abstimmung festzustellen. Das von dem Unglück betroffene Gebiet liegt zum großen Teil in der besetzten Zone. Es ist also doppelt geboten, diesen schon vor dem Waffenstillstand und den Friedensverhandlungen besonders hart betroffenen Bezirken jede mögliche Hilfe zu bringen. (Beifall.)

Abg. **Schuding** (Ztr.): Die Verheerungen des Hochwassers im Rheingebiet sind furchtbar. Es ist daher dankbar zu begrüßen, daß die preußische Regierung im Gegensatz zum Reiche einen in der Höhe unbegrenzten Kredit für die Hilfsaktion fordert. Schnelle Hilfe tut not, außerdem muß ähnlichen Katastrophen wirksam vorgebeugt werden. Die Regulierung der Flüsse muß beschleunigt und die Verwendung der Wasserkräfte für elektrische Anlagen und für das wirtschaftliche Leben überhaupt durchgeführt werden.

Abg. **Dr. Jordan** (Dem.): Der Wohnungskommissar muß dafür sorgen, daß nach dem Abfluten der Flut die noch bewohnbaren Häuser ausgebaut werden. Viele sind vollkommen zerstört. Daß alles getan wird, um das Unglück in seiner Wirkung zu mildern, ist nicht nur menschliche, sondern auch vaterländische Pflicht.

Abg. **Neuhaus** (Deutschn.): Das Rheinland, das Land der Freude, ist ein Land der Leiden geworden. Zu der Not, die die Besatzung mit sich bringt, kommt noch die Wassersnot, wie wir sie seit Jahrhunderten nicht gehabt haben. Das ganze rheinische Land ist ein einziger großer Wassersee geworden. Es muß ausgiebig geholfen werden, die Höhe der Schäden läßt sich heute noch nicht übersehen. Außer der Geldunterstützung muß auch mit Lebensmitteln geholfen werden. Die Talsperre muß so ausgebaut werden, daß eine Wiederholung eines solchen Unglücks nicht so katastrophale Folgen hat. Kohlen müssen reichlich beschafft werden zum Austrocknen der Häuser, was im Interesse der Gesundheit des Volkes unerläßlich ist. Die Schäden der Landwirtschaft sind enorm. Rheinland und Preußen gehören zusammen, Rheinlands Los ist auch Preußens Los.

Abg. **Kalle** (D. V.) schließt sich den Vorrednern an. Vor allem ist es wichtig, die Stimmung im Rheinlande zu bessern.

Abg. **Bellert** (U. S.): Am schwersten sind die Arbeiter betroffen, nicht nur, weil sie ihre Wohnungen größtenteils verlassen mußten, sondern weil auch die Betriebe im Ueberschwemmungsgebiet geschlossen werden mußten. Welche Wege wird die Regierung einschlagen, um der Notlage Herr zu werden? Die bisher angegebenen 125 000 Mark sind ein Tropfen auf den heißen Stein.

Minister **Dr. Südekum:** Daß die Regierung die Hilfsaktion soweit wie möglich einleitet, versteht sich von selbst, das war ihre Pflicht. Sie dankt dem Hause, daß es unbeschränkte Mittel zur Verfügung stellt. Die Hilfe wird schnell, umfassend und gerecht sein. Mitglieder der Regierung werden sich alsbald nach dem Rheinland begeben. Solange das von der Einreiseerlaubnis der fremden Besatzungsbehörde abhängt, werde hat dies unsere Würde. (Sehr richtig!) Wenn die unlauteren, elenden Menschen, die den Abfall des Rheinlandes von Preußen betreiben, die jetzige Not für ihre Bestrebungen ausbeuten, so werden sie der verdienten Verachtung ihrer Landsleute anheimfallen. Die zu liefernden Lebensmittel und Kohlen sind an das Maß des Vorhandenen gebunden. Es kommt auf die Steigerung der gesamten Produktivität an. Das Gefühl der Solidarität muß wieder in allen Kreisen befestigt werden. (Sehr richtig!) Auch vorbeugende Maßnahmen sind erschwert durch die Tatsache, daß wir ein freies Verfügungsrecht über unsere Ströme nicht mehr haben. Wir versprechen ihnen im Rahmen des Möglichen rasch und gerecht zu helfen. (Beifall.)

Die gewünschte Ermächtigung wird der Regierung einstimmig erteilt.

In der Beantwortung kleiner Anfragen teilt die Regierung mit, daß die Zuwanderung von Ausländern, soweit sie verfassungswidrig erfolgt, künftig verhindert werden soll, daß Uniformstoffe zur Lieferung für die polnische Armee nicht zur Verfügung gestellt worden seien, daß die Aufnahme anderer deutscher Länder in Preußen nur erfolgen könne, wenn es von der überwiegenden Mehrheit der betreffenden Länder gewünscht werde, daß der Straßenbandel ohne in Anspruchnahme der Reichsgesetzgebung nicht allgemein verboten werden könne, daß Verhandlungen mit der Reichsregierung bezüglich einer befriedigenden Regelung der Titelfragen schweben, daß die Richtigkeit der Behauptung, es seien in Frankreich unter den deutschen Kriegsgefangenen Streikkompagnien gebildet worden, nicht erwiesen sei, daß für die öffentliche Sicherheit in Oberschlesien durch Verstärkung der Gendarmerie vermehrte Vorsorge getroffen sei.

Es folgt die Beratung des Antrages Dr. Faßbender (Ztr.) und Genossen betr. die Verlegung der landwirtschaftlichen Hochschule aus Berlin.

Abg. **Dr. Faßbender** (Ztr.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß ersucht, der Regierung die Mittel zur Verlegung der Hochschule baldigst zur Verfügung zu stellen und die Gleichstellung der Professoren der landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen mit den ordentlichen Universitätsprofessoren herbeizuführen.

Die Ausschußanträge werden angenommen.

Abg. **Adolf Hoffmann** (U. S.) will morgen an erster Stelle seinen Antrag, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes herbeizuführen, behandelt wissen.

Abg. **Heller** (Soz.): Der Antrag soll verhandelt werden, aber das soll nicht morgen geschehen, da ja die Unabhängigen die Verhängung des Belagerungszustandes notwendig gemacht haben. (Lärm bei den U. S.)

Nächste Sitzung morgen Donnerstag 12 Uhr: Anträge betr. die Beamtenbesoldungsfragen. Schluß 6 Uhr.

(Nachdruck verboten.)

Das Spiel mit dem Tode

22] Roman von Lola Stein.

„Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Duncker, Berlin."

„Sie wissen es," murmelte sie und strich zart und zaghaft über sein dunkles Haupt, „Sie wissen es, Raoul."

„Und dennoch soll keine Möglichkeit für uns sein, zusammenzukommen?" rief er wieder wild. „Sie müssen frei werden, Maja."

Und als sie schwieg und nur trostlos vor sich hinstarrte, da fragte er:

„Wissen Sie auch, daß Ihr Gatte Morphinist ist?"

Sie zuckte zusammen, wandte ihm ihr erschrockenes Antlitz zu. „Ist das wahr? Woher wissen Sie es?"

„Ich habe heute abend untrügliche Beweise dafür erhalten. Er hat auch gar nicht geleugnet. Sie Kind, Sie unschuldiges, ahnungsloses Kind, also nicht einmal das wußten Sie? Aber wohin diese gefährliche Leidenschaft den Menschen führt, werden Sie vermutlich schon gehört haben? Maja, entsetzliche Zeiten stehen Ihnen bevor."

„Viel schlimmer als jetzt, wird es kaum werden."

„O, Sie Ahnungslose! Ich will Ihnen nicht alle Schrecken aufzählen, die Sie noch erwarten, will Ihnen nur sagen, daß die Morphiumsucht eine der verderblichsten und furchtbarsten ist, die es gibt, und daß die nächste Umgebung eines solchen Menschen schrecklich leiden muß. Maja, geben Sie von diesem Mann und bald, bald, ehe es zu spät ist."

„Ich gehöre doch nun einmal an seine Seite, ich muß tragen, was das Schicksal mir auferlegt."

„Nein, diese blinde Ergebung in das Geschick, in ein qualvolles und unverdientes, ist Schwäche und Feigheit! Versuchen Sie doch, unser Los zu ändern, sprechen Sie mit Ihrem Mann. Nicht heute, nicht morgen, damit er nicht sofort Verdacht schöpft, aber bei einer gelegentlichen Aussprache, bei einer Szene, die er Ihnen macht. Versuchen Sie, von ihm loszukommen. Vielleicht gelingt es doch."

Sie sagte hoffnungsvoll: „Weil Sie es wollen, will ich es versuchen, aber ich weiß Hermanns Antwort vorher."

„Gut, so habe ich doch das Eine erreicht. Sie versprechen mir, mit Ihrem Mann über die Möglichkeit einer Scheidung zu reden? Geben Sie mir ihre Hand darauf, so, ich danke Ihnen. Nun bin ich ein wenig ruhiger, ein wenig hoffnungsvoller wieder."

Sie wollte ihm diese schwache Hoffnung nicht nehmen, sie schwieg.

Dann sah sie auf ihr Uhrarmband und erschrak. „Es ist nach halb eins, um Gottes willen, ich muß nach Hause. Schnell, schnell."

Raoul Bronsart hatte nach dem Kellner geklingelt, er verlangte die Rechnung, zahlte und kleidete sich an. Dann legte er Maja den Pelz um die Schultern.

Vor dem Portal wartete bereits das beim Kellner bestellte Auto.

Raoul Bronsart setzte sich dicht neben die geliebte Frau. „Die letzten Augenblicke unseres Alleinseins", murmelte er, „vielleicht für lange, lange Zeit."

Die Traurigkeit seiner Stimme rührte sie. Sie gab ihm die Hand.

Und er hielt sie zwischen der seinen, er küßte und streichelte diese feinen, schlanken Finger, ohne ein Wort zu sprechen. Nur seine Augen hielt er unausgesetzt auf Majas Antlitz gerichtet. Und sie redeten ihre eigene, eindringliche Sprache.

Die Villa im Grunewald war bald erreicht. Aus dem Schlafzimmer strahlte der matte Schein einer Lampe. Hermann Lindner wartete auf seine Frau.

Mut stummem Händedruck trennten sich die beiden Menschen.

10.

Einige Tage später sagte Gertrud Lindner zu Dr. Herford, der sie zur Teestunde besuchte:

„Erzählen Sie mir doch einmal etwas von dem Feste bei Kroll, Doktorchen. Aus Maja war überhaupt nichts herauszukriegen. Haben Sie sie und Bronsart eigentlich gesehen dort?"

„Ja, ich sprach sie wenige Augenblicke, gnädige Frau. Aber Dr. Bronsart schien meine Gegenwart sehr wenig erwünscht zu sein, er ließ das deutlich merken, da zog ich mich zurück."

„Ich habe mich halbtot gewundert, daß Hermann Maja mit ihm allein gehen ließ. Dieser Mensch bringt eben alles fertig."

„Ja," sagte der Rechtsanwalt bitter „er bringt eben alles fertig, da haben Sie recht, gnädige Frau. Man muß sich wundern, wie weit sein Einfluß geht."

„Auf wen, Doktor?"

„Nun, auf Frau Maja."

Frau Lindner wurde ein wenig unruhig. „Sie haben natürlich etwas Bestimmtes im Auge, Doktor, sagen Sie mir doch, was haben Sie beobachtet? Sie wissen, wie gern ich meine Schwiegertochter habe. Mir können Sie ruhig sagen, was Sie denken?"

„Es ist mehr als nur ein Gedanke", murmelte Herford. Und er erzählte von dem zeitigen Aufbruch der beiden Menschen an jenem Festabend, und daß er in Unruhe und Neugierde den Portier gefragt, wohin die Herrschaften gefahren seien, und zu seinem Schmerz dann erfahren mußte, daß Maja Lindner mit Dr. Bronsart in jener nächtlichen Stunde zu Adlon gegangen war.

Frau Lindner wurde sehr nachdenklich. „Arme Maja", sagte sie, „armes Kind. Ihr Leben war schwer genug, nun muß dieser Abenteurer kommen und ihr ihre Ruhe vollends nehmen."

„Wollen Sie einmal mit Ihrer Schwiegertochter sprechen?" fragte Dr. Herford.

Sie überlegte einen Augenblick, dann schüttelte sie das Haupt. „Was immer an diesem Abend zwischen den Beiden vorgefallen sein mag — es ist nicht mehr zu ändern. Wir wollen annehmen, daß es nicht mehr wie eine Aussprache war, ich glaube fest und heilig, daß Maja ihre Pflicht keinen Augenblick vergißt, und ich bitte Sie, Doktor, dasselbe von ihr zu glauben."

Er neigte das Haupt. „Gnädige Frau, wie ich über Frau Maja von jeher dachte, das wissen Sie. Sie kennen meine Verehrung, meine Schwärmerei für Maja Lindner zur Genüge. Und darum — weil ich sie so gern habe — darum möchte ich, daß sie vor entscheidenden, nie wieder gut darum möchte ich, daß sie vor entscheidenden, nie wieder gut zu machenden Schritten bewahrt bleibt — und Sie sind die Einzige, die mit ihr sprechen, die sie warnen könnte."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001221-13/fragment/page=0002

Parteitag des Zentrums

Berlin, 21. Januar.

Die Organisationsfragen.

Einleitend hielt Abg. Dr. Brauns ein Referat über Parteiorganisation und Presse. Er führte aus, daß es den Parteien politischen Staatsmännern fehle. In der demokratischen Regierungsform, auf die wir uns zurzeit einstellen, sei noch eine Parteiorganisiertheit zu verzeichnen. Als oberster Grundsatz der Zentrumspartei sei die christliche Weltanschauung zu betrachten. Es sei notwendig, alle Vertrauensposten in der Partei an solche Leute zu vergeben, die in ihrer Person die Gewähr für absolute Festigkeit in sich tragen. Die Partei hat von Rechts wegen für sich in Anspruch genommen, eine politische Partei zu sein. Allgemeine politische und nationale Interessen des Volkes seien von der Partei wahrzunehmen. Eine ausgesprochene Konfessionellisierung sei zu vermeiden. Wir machen keine allgemeine Politik aus kirchenpolitischen Rücksichten. Ueberall dort, wo man sich lediglich auf Kirchenpolitik beschränke, stehe die Partei am falschen. Die Frieden von Deutschland abgetrennten Gebiete haben vorwiegend katholische Bevölkerung. Dadurch eine Schwächung des katholischen Volkstheiles in Deutschland ein. Würde die Partei konfessionalisiert werden, so müßte sie zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt sein. Die Nationalisierung des Zentrums notwendig. Bei der jetzigen Umstellung des Staates bemerke man eine intensive Gegenarbeit der Rechten. Linke erweise sich nicht allein fähig, die Massen zu meistern. Radikalismus von Links und die Reaktion von Rechts haben am besten durch eine starke Mittelpartei geschlagen. Die Zentrumspartei sei sehr wohl in der Lage, sich dem Gebot der Stunde anzupassen. Man wollte es gerade heute unternehmen, durch Herausbeschwörung des konfessionellen Streites und schroffe Gegenüberstellung von Unternehmern und Arbeitern das Volksleben noch weiter zu zerreißen? Ein einheitliches Reichszentrum müsse geschaffen werden. Die bayerische Absplitterung sei eine Episode. Man brauche eine geschlossene Reichsorganisation, neben welcher die Landesorganisationen bestehen dürfen. Die Frauenwelt dürfe nicht absonderet organisiert werden. Alle Nebenorganisationen — Standesvereine und Berufsorganisationen — müssen sich in die Gesamtpartei einordnen. Die Demokratie müsse die Organisation durchdringen. Vorrechte von Standesmängen dürfe es nicht geben. Es sei das System der eingeschriebenen Mitglieder, nicht das verschwommene Vereinssystem zu befürworten.

Ein Demokrat über die Ursachen des Antisemitismus

Im Sprechsaal der seit einer Reihe von Jahren links stehenden „Elbinger Ztg." antwortete ein sich als alter Demokrat kennzeichnender Einsender auf die von ihm aufgeworfene Frage „Wer ziehet Antisemiten?":

Es ist unverkennbar, daß eine große Welle des Antisemitismus durch ganz Deutschland geht, und die Presse stellt tiefeingehende Betrachtungen über die eigentliche Ursache an, allen voran das „Berliner Tageblatt". Dabei liegt gerade bei diesem Blatte des Bäse besonders nahe. Man braucht nur seine Beilage „Ulk" ab und zu zu lesen, um selbst als alter Demokrat einen wahren Abscheu vor der Hetze zu gewinnen, die dort getrieben wird. Der Chefredakteur Dr. Theodor, der unter dem Deckmamen Theodor Tiger schreibt, tobt dort in einer Weise aus, die doch unseren jüdischen Mitbürgern zu denken geben müßte, namentlich zu einer Zeit, wo die Stimmung im Reiche recht gereizt ist.

Das Eingesandt führt als Beispiel den Teil eines Hetzartikels an, das sich in den gröbsten Verunglimpfungen der Offiziere gefällt, und fährt fort:

Die Hinterbliebenen der im Weltkriege gefallenen Offiziere, von denen 88 v. H. gefallen oder verwundet worden sind, werden wohl die Gegenfrage tun, wie hoch der Prozentsatz der im Kriege gefallenen oder verwundeten jüdischen Soldaten und Reklamierten war und mit was sich die jungen Leute jüdischer Konfession in den Berliner Nacht- und Tanzlokalen beschäftigen, die dort infolge ihrer „Verdienste im Kriege" jetzt zu 88 v. H. anzutreffen sind? Ueberhaupt der „Berliner Tageblatt"-Redakteur scheint, daß solche Beleidigungen im Kriege gefallener Offiziere von Antisemiten stets neuen Agitationsstoff liefern müssen? Was sagen nun die deutschen Offiziersverbände dazu, wenn der Turbolsohn in der „Berliner Tageblatt"-Beilage auffordert: „Reißt ihnen die Achselstücke in Fetzen!" Gewiß das „Berliner Tageblatt" da noch groß die Ursache der zweiten anwachsenden Antisemiten zu untersuchen? Es ist doch sicher anzunehmen, daß diese liebevolle Aufforderung des „Tageblatt"-Redakteurs vom sicheren Klubsessel aus bei den Hunderttausend Offizieren nicht unvergessen bleiben wird. Sie werden sich aber die Offiziere der Truppen verbitten, die mit dem Schutze der Einwohner des Kurfürstendammes und Umgegend betraut sind? Und die Truppen selbst, die der „Berliner Tageblatt"-Redakteur anblickt:

Nennt ihr es auch Freiwilligenverbände,
es sind die alten schmutzigen Hände!

Der alte Demokrat schließt: „Bereits in der Demokratischen Partei selbst wird man auf solche Hetzgedichte des „Tageblatt" hellhörig, und es liegt die Möglichkeit vor, daß dort der große Teil von Offizieren und alten Soldaten zum „Stellungswechsel" vornehmen könnte, der das gute Vernehmen mit unseren jüdischen Mitbürgern empfindlich stören würde und damit auch die Einigkeit in der Partei selbst."

Die deutsche Universität Prag

Prag, 20. Januar.

Montag abend fand eine vom Rektor der deutschen Universität einberufene Protestversammlung der Professoren und Studenten gegen das neue Universitätsgesetz statt. Der Rektor sagte in seiner Rede:

Wir müssen das Volk darüber aufklären, was wir hier zu leiden haben, und darüber, daß unser Bleiben in Prag nach diesem neuesten Vorstoß gegen unsere Universität nicht mehr möglich ist.

Eine Entschließung der Versammlung erhielt Einspruch dagegen, daß der deutschen Universität durch die im neuen Gesetz vorgesehene Namensänderung die geschichtliche Vergangenheit abgesprochen wird und ihr wichtige Bestandteile ihres Besitzes entzogen werden, und betont, daß sich alle deutschen Parteien auf dem Boden der tschecho-slowakischen Republik stellen, und daß die deutschen alle Rechte und kulturelle Selbstbestimmung fordern.

Das Unglück bei Schneidemühl

Der verunglückte Zug ist ein D-Zug Königsberg—Berlin. Nähere Meldungen über das Unglück, die an Berliner amtlicher Stelle vorliegen, besagen, daß der in der Richtung nach Schneidemühl fahrende Post- und Eilgüterzug 6117 zwischen Schönlanke und Schneidemühl früh 2 Uhr anscheinend infolge eines verbrecherischen Anschlages durch Lösen von Schienenlaschen entgleiste. Die entgleisten Wagen des Eilgüterzuges legten sich auf das nebenamtliegende Gleis der Richtung Schneidemühl—Berlin, wodurch der kurz darauf von Schneidemühl kommende Vorzug des D-Zuges Nr. 4 ebenfalls entgleiste. Die zur Deckung des entgleisten Eilgüterzuges auf dem Gleise des D-Zuges ausgelegten Knallkapseln, die diesen Zug fernhalten sollten, konnten wegen der zu kurzen Zeit nicht mehr so weit vorgelegt werden, daß der D-Zug rechtzeitig aufgehalten werden konnte. Von den Reisenden des D-Zuges sind noch vorläufigen Feststellungen 18 getötet und 20 verletzt, darunter 8 schwer. Gerüchtweise verlautet, daß sich Regierungspräsident Förster und der Danziger Oberbürgermeister Sahm in dem verunglückten Zuge befunden haben.

Aerztliche Hilfe wurde sofort von den benachbarten Orten herangezogen. Beide Gleise sind voraussichtlich bis 6 Uhr abends gesperrt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrechterhalten.

Die Eisenbahndirektion Osten setzt für die Ermittelung des oder der Täter des verbrecherischen Eisenbahnanschlages bei Schneidemühl eine Belohnung von 25000 Mark aus.

th. **Ueber die Arbeitsdispositionen der preußischen Landesversammlung** erfahren wir aus parlamentarischen Kreisen: Die preußische Landesversammlung wird voraussichtlich zunächst [illegible] nächster Zeit noch zugehenden Vorlagen zu beraten. Augenblicklich steht der Vollversammlung sehr reichhaltiges Material zwar nicht zur Verfügung, doch rechnet man mit der baldigen Vorlegung der Verfassung und der Verwaltungsgesetze. Möglich erscheint eine Pause Ende Februar, um den Ausschüssen Zeit zur Beratung der Verfassung und der Verwaltungsgesetze zu geben. Aber auch dies erscheint zweifelhaft, denn die Etatsberatung des neuen Etats und die Beratung der nach dem Parlament angedachten Entwürfe wie Handelskammer-, Landwirtschaftskammergesetz und anderer 12 Entwürfe wird die Notwendigkeit ergeben, mit der Zeit recht sparsam umzugehen, um bis zu den Reichstagsneuwahlen am Pfingsten mit dem gesamten Material fertig zu sein. Zunächst ist beabsichtigt vom 21. bis 23. d. M. die Ueberschwemmungsanträge, wichtige Anträge über Ernährungsfragen, Wirtschaftsfragen, kleinere Vorlagen und Regierungsverordnungen zu beraten. Am 23. d. Mts. wird der Aeltestenrat die weiteren Anordnungen treffen.

Die Druckerei der „Roten Fahne" geschlossen. Wie die Morgenblätter melden, hat die Kriminalpolizei die Druckerei geschlossen, in der in Berlin die „Rote Fahne", Flugblätter der U. S. P. D. und der kommunistischen Partei, sowie jene Hetzschriften hergestellt wurden, die zur Aufwiegelung der Massen und somit zu den bedauerlichen Vorgängen vor dem Reichstag am 13. Januar führten. Der Besitzer der Druckerei hatte seine Nötigung von dem Mißbrauch seines Betriebes, da die genannten Druckschriften nur nachts hergestellt wurden. Die beiden Hauptbeteiligten wurden verhaftet. Ebenso wurde gestern abend der Herausgeber der „Nate-Ztg." Dr. Alfons Goldschmidt verhaftet.

Halle und Umgebung

Halle 22. Januar.

Ferchlandt

Kiliam 8 Jahre Gefängnis — Ferchlandt 5 Jahre Gefängnis. Beide sind ungefähr mit gleichem Maß gemessen. Es ist nur bedauerlich, daß das Gesetz es nicht zuläßt, daß beide Prozesse zusammen geführt werden konnten. So wurde man im Gerichtssaal den Eindruck nicht los — es ist ja nur eine Wiederholung. Und trotzdem lag am Tage der Urteilsverkündigung über dem Zuhörerraum eine gewisse Spannung. Der Angeklagte selbst sah düster vor sich hin. Er hätte es sich nicht träumen lassen, daß seine Revolutionsaufbahn auf der Anklagebank ihr Ende finden würde. Als der Vorsitzende das Urteil begründete, zog der Angeklagte eine Zeitung aus der Tasche und las. Nur von Zeit zu Zeit streifte sein Blick die Schar der Zuhörer.

Auch diese Sensation ist damit vorbei.

•

Kann von Mitleid die Rede sein? Nein, nur Genugtuung empfindet man darüber, daß einem Verbrechen auch die gerechte Sühne gefolgt ist. Selbst in den Reihen seiner Parteigenossen wird Ferchlandt nicht die Rolle eines Märtyrers spielen; denn nicht Idealismus bestimmte sein Handeln, sondern Selbst- und Herrschsucht, ein maßloser Ehrgeiz. Daß ein Makel seinem Namen ewig anhaften wird, dafür sorgen die schlichten Gräber des Knaben Pfifferling und des Feldartilleristen. Und wenn spätere Geschlechter von den Unruhen hören, die dem 9. Nov. 1918 in Halle folgten, dann wird auch der Name Ferchlandt nicht totgeschwiegen werden können, der seine Matrosengarde auf friedliche Bürgerleute und demonstrierende Kriegsbeschädigte hetzte.

•

Ein Ferchlandt war es, der dem Halleschen Soldatenrate seinen eigenartigen Stempel aufdrückte. Gewiß, die Soldatenräte waren mit der Revolution entstanden. Aber die Staatsregierung hat das System der Soldatenräte nie anerkannt, wenigstens nicht in den Funktionen, die sie sich ursprünglich beigelegt hatten. Sie sind nie als Faktor der öffentlichen Gewalt legalisiert worden. Sie waren zuerst gedacht als Organisation zur Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen der ihnen angeschlossenen Mitglieder des Soldatenstandes. In der Verfügung der Reichsregierung vom 19. Januar 1919 über „Vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte" wurde ihre Aufgabe dahin erweitert, daß sie dazu bestimmt seien, politisch die Befehlsführung im Sinne der Regierung zu überwachen und militärisch für Aufrechterhaltung des Vertrauens und der Kameradschaft im republikanischen Heere zu sorgen. Und welche Parole gab der Militärbevollmächtigte des Halleschen Soldatenrates Ferchlandt aus?: Nieder mit der Regierung in Berlin und Kampf gegen die regierungstreuen Feldartilleristen in Halle!

Erst General Märcker schuf Wandel. Eine der Aufgaben, die ihm die Reichsregierung bei Durchführung seiner militärischen Operationen in Halle stellte, war die, daß er die Verordnung vom 19. Januar 1919 dem Soldatenrat in Halle gegenüber durchzuführen hatte. Wer aber haftet für die Handlungen, die der von Ferchlandt irregeleitete, radikalisierte Soldatenrat in Ausübung der angemaßten öffentlichen Gewalt begangen hat? Der Militärfiskus hat in den meisten gegen ihn schwebenden Prozeßfällen glatt abgewinkt.

Ferchlandts Name ist in aller Munde, aber er hat keinen guten Klang.

Stillegung der bürgerlichen Presse?

Eine gestern abend einberufene, stark besuchte Versammlung der Angehörigen des graphischen Gewerbes nahm Stellung zu dem Verbot des hiesigen „Volksblattes". Nach fast vierstündiger erregter Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in welcher schärfster Protest gegen die planmäßigen Verbote der unabhängigen Zeitungen erhoben wurde. Sie bringen eine große wirtschaftliche Schädigung der Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes mit sich; es wird deshalb eine sofortige Aufhebung der Verbote gefordert. Die Mehrzahl der Versammelten stand auf dem Standpunkt, daß es ein Verhandeln in dieser Frage nicht geben kann, und mit Majorität wurde beschlossen, auch die bürgerlichen Zeitungen stillzulegen. Jedoch will man erst die Entscheidung über die gestern in Berlin und Leipzig in dieser Frage stattgefundenen Versammlungen abwarten, um sich alsdann mit den dort gefaßten Beschlüssen solidarisch zu erklären.

Der Gauvorsteher der Buchdrucker gab im Namen der Minorität die Erklärung ab, daß sie sich dem Beschlusse nicht fügen werden, sondern eine reine Buchdruckerversammlung entscheiden lassen wollen.

*

Der Befehlshaber des 4. Wehrkreises, General Maercker, hat die im Verlage des hiesigen Volksblattes erscheinende „Merseburger Arbeiterzeitung" und die in Eisleben erscheinende „Mansfelder Volkszeitung" verboten.

*

Berlin, 21. Januar.

Infolge der Beschwerden des deutschen Zeitungsverlegerverbandes gegen die jetzige Praxis bei Zeitungsverboten fand, so erfährt unser hl-Sondermitarbeiter, in Anwesenheit des Reichskanzlers und Reichsministers des Innern eine Besprechung mit den Verlegervertretern statt. Die Regierung nahm weitgehende Mittel für sich in Anspruch, erklärte sich aber bereit, Zeitungsverbote zukünftig unverzüglich zu begründen, und durch Verordnung einen Ausschuß von Mitgliedern der Nationalversammlung als Kommission einzusetzen.

— **Versetzung.** Oberregierungsrat Pfeiffer von der Eisenbahndirektion Halle wurde an die Eisenbahndirektion Erfurt versetzt.

— **Zu Gunsten der vertriebenen Landsleute aus Elsaß-Lothringen** bieten die Geschwister Marg. und Gertrud Rößner aus Leipzig fröhliche künstlerische Genüsse am Freitag, den 23. Januar, abends um ½8 Uhr, in den „Thaliasälen". Der edle Zweck verdient die beste Unterstützung. Karten bei H. Kothan.

— **Die Zentralstelle zur Unterbringung erholungsbedürftiger deutscher Kinder in der Schweiz teilt mit:** Am 23. Januar, nachmittags um 5 Uhr kommt ein Sonderzug aus der Schweiz in Halle an, der eine große Anzahl auch Hallenser Kinder aus der Schweiz zurückbringt.

— **Die neue Postflagge.** Die neue Reichspostflagge soll nach der Bestimmung der Reichsregierung die schwarzrotgoldene Flagge mit einem weißen Posthorn im roten Mittelfeld sein. Das weiße Posthorn steht ohne Umrahmung oder sonstige besondere Abgrenzung in dem roten Streifen der Flagge. Die Handelsflagge ist nach der Reichsverfassung bekanntlich schwarzweißrot mit den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold in der oberen inneren Ecke. Ueber die Anordnung der Reichsfarben an dieser Stelle der Handelsflagge ist aber noch kein endgültiger Beschluß gefaßt. Deshalb ist auch noch keine Bestimmung über die Form der Reichspostflagge zur See getroffen. Sie entspricht bisher der Handelsflagge mit einem Posthorn.

— **He. Oletti, „der König der Telepathie"**, bestand gestern mittag vor Zeugen glänzend hier seine öffentliche Probe, indem er einen Gegenstand, welcher in der Stadt verborgen war, nur durch die Handauflegung seitens eines Mediums, das von der im später versiegelten Briefumschlag niedergelegten Probenaufgabe Kenntnis erhielt, aufsuchte und fand. Nach 12 Uhr erfolgte im Auto die Abfahrt von „Kramers Künstler-Spielen", Delitzscher Straße, wo Herr Oletti jeden Abend um 8 Uhr auftritt. In dem Auto befanden sich außer ihm und dem neben ihm sitzenden Medium, einem Herrn, noch zwei Vertreter der hiesigen Presse und der Impresario. Sämtlichen Insassen war schon vor der Abfahrt Schweigen auferlegt worden, auch den anderen Herren, welche als Zeugen in einer Droschke nachfolgten. Die Fahrt, am allerwenigsten eine Reklamefahrt, mußte der Telepath selbst ausführen, um Ort und Gegenstand zu finden, sein Medium legte nur die Hand auf die linke Hand desselben. Zuerst ging es die Magdeburger Straße entlang, am „Waisenhaus" hielt der Wagen nur kurze Zeit, Oletti besann sich, wohin er nun fahren sollte. Es ging weiter durch die obere Steinstraße, an der Post vorbei, durch die untere Steinstraße — an den Nebenstraßen besann sich Oletti jedesmal — bis er über den Markt, durch die Schmeerstraße, Kuhgasse und Große Märkerstraße auf den „Ratskeller" losstevrte, nur dem Pulsieren der aufgelegten Hand seines Mediums folgend. Er bat, auszusteigen, die Zeugen folgten ihm, der nur die rechte Hand seines Mediums als suggestive Gedankenleiterin berührte. Das Medium durfte, falls Oletti fehlte, nichts sagen, sondern nur an den Gegenstand, welcher verborgen war, scharf denken. Der Suchende ging auf die Kasse am Büffet los, die er zu öffnen bat. In einem Fache rechts lag eine minderwertige Uhr — Oletti tastete nach ihr, prüfte, sann nach und legte sie wieder hin. Im zweiten größeren Abteil der Kasse fand eine Kassette, auf die die Gedanken des Mediums hingezielt hatten. In diese griff Oletti hinein und holte zum Erstaunen der Zeugen und Gäste eine Uhr mit Kette heraus. Diese war der nach der Aufgabe zu findende Gegenstand. Ein Herr, welcher sich für die in der Presse angekündigte Sensationsaufgabe interessierte, hatte sie dort niedergelegt, um die Lösung des Telepathieproblems einmal zu versuchen. Die ganze Fahrt und der Vorgang des Suchens und Findens hatten nur 25 Minuten gedauert. — Herr Oletti wird jedem, dessen Sinnen und Denken auf eine Person oder einen Gegenstand in der Ferne sich richtet, seinen Willen aufführen, man zu suchen und zu finden sein, was da will! — Das Wort „Telepathie" (griechisch) bedeutet: ein Leiden, ein Anfassen in der Ferne, auf das sich die Gedanken richten, schnell heben und erledigen. Ein Besuch in „Kramers Künstler-Spielen" lehrt jeden daran glauben, daß Oletti auch wirklich „der König der Telepathie" ist!

— **Duet von Kerekjarto.** Auf das heute abend um ½8 Uhr stattfindende Konzert des berühmten ungarischen Violinvirtuosen Duet von Kerekjarto sei nochmals hingewiesen. Karten bei Reinhold Koch und an der Abendkasse.

— **Amalie Metzner** (Gesang) und **Ilse Kellner** (Klavier) haben für ihr Konzert am 25. Januar ein wertvolles Programm aufgestellt, dessen Einzelheiten an den Anschlagsäulen zu ersehen sind.

Familien-Nachrichten.

Todesfälle: Am 20. Januar Schlosser Otto Hartkopf. — Am 19. Januar Bahnbeamter a. D. August Klepzig im 76. Lebensjahre. — Am 20. Januar Maschinist Max Gänkler. — Am 20. Januar Anna Gaudig im 43. Lebensjahr, Diemitz. — Am 20. Januar Otto Lösche im 51. Lebensjahre.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001221-13/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Anhaltische Landesversammlung

R. Dessau, 20. Januar.

Der Präsident verliest den demokratischen Antrag, der sich gegen die Auslieferung wendet, die die Reichsregierung mit allen Kräften zu verhindern suchen möchte. Es folgte die 1. Lesung der Novelle zum anhaltischen Berggesetz. Diese will den Eigentümern der anhaltischen Braunkohlengruben die Kohlenrente dergestalt beschneiden, daß erstere nur 25 je Hektoliter erhalten, während der übrige Teil dem Staate zufällt. Das Haus erklärte sich im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden und überwies sie beim inneren Ausschuß. Die Vorlage über die Stellung Anhalts zum Mittellandkanal begründete Staatsrat Lug. Er betonte, zu den Anhängern der Mittellinie zählten in erster Linie die rheinisch-westfälische Schwerindustrie und die Stadt Berlin. Diese wollten möglichst eine kurze Kanalführung, um zu billigen Frachten zu kommen. In zweiter Linie zählten zu den Anhängern der Mittellinie große Gemeinwesen, die sich in ihrer Haltung vielfach durch Sonderinteressen bestimmen ließen. So zum Beispiel die Stadt Magdeburg, die eine Entwertung ihrer Grundstücke befürchtete. Die Befürworter der Mittellinie verfügten über große Mittel; so habe die Stadt Magdeburg allein 100 000 Mark für Aufklärungszwecke bewilligt. Die Freunde der Südlinie, zu denen Braunschweig, Anhalt, der südwestliche Teil der Provinz Sachsen und der Freistaat Sachsen gehörten, hätten einen schweren Kampf gegen die Anhänger der Mittellinie zu führen. Daß Anhalt seinen Platz nur auf der Seite der Südlinie nehmen konnte, sei aus den Schriften des Geheimrats Stegemann und des Syndikus Dr. Rausch bekannt. Obwohl die Anhänger der Südlinie nicht über große Mittel verfügten, hätten die braunschweigische und anhaltische Regierung doch der Sache ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet und Anhalt habe sich jetzt mit einer Eingabe an den preußischen Arbeitsminister gewendet. Redner bittet den Landtag, den geforderten Betrag von 10 000 Mark einmütig zu bewilligen; denn dadurch verspreche sich die Regierung einen Einfluß auf die bevorstehende Entscheidung.

Für die Demokraten sprach Abg. Dr. Schwarze-Bernburg (Dem.) für die Ausführung der Südlinie, die dem ganzen wirtschaftlichen Leben Mitteldeutschlands zur Blüte verhelfen werde. Durch sie werde das mitteldeutsche Braunkohlenrevier mit 50 Prozent feiner Gruben und 74 Prozent aller deutschen Kaliwerke an das Weltverkehrsnetz angeschlossen. Auch die Erzlager im Harze würden bei Weiterführung des Stichkanals nach Halberstadt erschlossen werden. Der Stichkanal dürfte nicht nur bis Staßfurt geführt werden, er müsse bis zur Saale nach Bernburg gehen. Redner fordert die gleichzeitige Erbauung der Talsperre im Harze (Bode und Selke), wodurch ein gewaltiges Kraftreservoir geschaffen und die in einem Menschenalter ausgehenden anhaltischen Braunkohlenlager durch Elektrizität ersetzt werden könnten; zugleich werde die Hochwassergefahr beseitigt. — Die Abgg. Günther-Bernburg (Soz.) und Kind-Bernburg (Deutschnational) traten gleichfalls für die Erbauung der Südlinie ein. — Abg. Dr. Beyer-Dessau (Dem.) bedauert, daß bisher nur der Name des Geheimrats Stegemann-Braunschweig genannt worden sei, aber nicht der des Syndikus Dr. Rausch-Dessau, der sich durch seine erfolgreiche Arbeit für die Südlinie um Anhalt große Verdienste erworben habe. — Abg. Trautwein-Gernrode (Soz.) sprach gleichfalls für die Südlinie und die Erbauung der Bodetalsperre, durch die der Harz nicht verschandelt, wohl aber den Harzbewohnern außerordentlich genützt werde. Nach weiteren Bemerkungen des Abgeordneten Dr. Schwarze, der darauf hinwies, daß durch die Errichtung der Harztalsperren und die dadurch gewonnene elektrische Kraft die Blei- und Silberlager des anhaltischen Harzes abgebaut werden könnten, und des Abg. Fiedler, der den Abgeordneten Jänisch und Kind entgegentrat, wurde der Betrag von 10 000 Mark einstimmig bewilligt und die Vorlage in allen drei Lesungen ohne weitere Debatte verabschiedet.

Es wurden noch Akterpetitionen erledigt und dem Staatsrat zur Erwägung überwiesen. — Nächste Sitzung Freitag.

*

— **Wittenberg**, 21. Januar. (Kirchenaustrittsbewegung. — Elternbeiräte.) Zwei Entschließungen wurden in einer evangelischen Gemeindeversammlung am 14. nach Vorträgen von Sup. D. Ortmann über die Kirchenaustrittsbewegung und des Pfarrers Hermann über Elternbeiräte einstimmig beschlossen: 1. Die Versammlung nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von den zurzeit mit Hochdruck betriebenen und mit falschen Behauptungen über eine bevorstehende Erhöhung der Kirchensteuer arbeitenden Agitation für den Austritt aus der evangelischen Landeskirche. Sie richtet an alle Gemeindeglieder die herzliche und dringende Bitte, sich durch derartige unbewiesene Behauptungen und falsche Gerüchte zum Austritt verleiten zu lassen, sondern auch in schwerer Zeit der evangelischen Kirche die Treue zu bewahren. Zugleich fordert sie eine Abänderung der zurzeit geltenden Bestimmungen über den Kirchenaustritt in dem Sinne, daß die Austrittserklärung nicht wie bisher auf dem Amtsgericht, sondern bei dem zuständigen Gemeindekirchenrat als dem gesetzlichen Vertreter der Kirchengemeinde zu erfolgen hat, und daß die kirchliche Steuerpflicht der Ausgetretenen erst mit Ablauf des Steuerjahres erlischt, in dem der Austritt erfolgt ist. 2. Die Versammlung richtet an alle evangelischen Erziehungsberechtigten, vor allem die Eltern der Kinder, die zurzeit eine öffentliche Schule besuchen, die herzliche und dringende Bitte, bei den demnächst stattfindenden Wahlen zu den Elternbeiräten von dem ihnen zustehenden Wahlrecht auch Gebrauch zu machen und nur solchen Personen ihre Stimme zu geben, die für die christliche Erziehung ihrer Kinder, vor allem für die Erhaltung des evangelischen Religionsunterrichts einzutreten gewillt und entschlossen sind.

1. **Genthin**, 20. Januar. (Städtisches.) In der Stadtverordnetensitzung wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt, zum Beigeordneten wurde Lehrer Hörstge neugewählt. Mit dem Magistratsantrag betreffend Verkauf städtischer Grundstücke an die Zuckerraffinerie Genthin, A.-G., zum Kaufpreise von 1,50 Mark pro Quadratmeter erklärte sich die Versammlung einverstanden. Beim Punkt Stellungnahme zur Linienführung des Mittellandkanals entschied sich die Versammlung einstimmig für die Mittellinie. — Die Genthiner Zementbaugesellschaft „Reichspatente", G. m. b. H., verlegt ihren Fabrikbetrieb nach Parey. Das hiesige Fabrikgrundstück des Unternehmens hat eine landwirtschaftliche Maschinenfabrik erworben. — Zum zweiten Male in kurzer Zeit entstand auf dem b. Brauchtischen Rittergut in Scharteuke Feuer. Eine große Scheune mit Inhalt fiel den Flammen zum Opfer. Der Schaden ist erheblich. Man vermutet Brandstiftung.

1. **Aus dem Kreise Jerichow II**, 20. Januar. (Kartoffelabgabe.) Der Reichsernährungsminister hat die vom Kreise noch aufzubringende Menge an Kartoffeln auf 650 000 Zentner festgesetzt. Da diese Menge der Kreisverwaltung zu hoch erschien, hat sie eine fünftöpfige Aufbringungskommission mit einer nochmaligen Feststellung der Vorräte beauftragt, damit eine eventuelle Herabsetzung der Lieferungsmenge erwirkt werden kann. Bedauerlicherweise wird dieser Kommission mit Mißtrauen und stellenweise mit offener Feindseligkeit seitens einzelner Erzeuger entgegengetreten.

gg. **Jena**, 20. Januar. (Von der Universität.) Der Inhaber Ordinarius für Straf- und Strafprozeßrecht, Oberlandesgerichtsrat Prof. Dr. Heinrich Gerland, hat einen Ruf an die Universität Köln erhalten. Gerland ist der bekannte Demokrat.

— **Eisenach**, 21. Januar. (Ein Schulnotgesetz) wird dem Volksrat von Thüringen bei seinem Wiederzusammentritt zugehen, in dem die zurzeit notwendigen Reformen und die Einheitlichkeit im Volksschulwesen Thüringens verwirklicht werden sollen.

— **Remda**, 20. Januar. (Postkraftwagenverkehr.) Auf eine erneute Eingabe der hiesigen Stadtbehörde wegen Wiedereinrichtung des Postkraftwagenverkehrs Rudolstadt—Remda—Kranichfeld schreibt die Oberpostdirektion Erfurt, daß mit ziemlicher Sicherheit damit gerechnet werden kann, im Monat März mit der Aufnahme des Postkraftwagenbetriebes zu beginnen. Streiks, Kohlenmangel, Schwierigkeiten in der Beschaffung der Materialien haben die Fertigstellung der neuen Kraftwagen ganz erheblich verzögert. Der Kurs Kranichfeld—Remda—Rudolstadt wird in erster Linie wieder eingerichtet werden.

— **Plaue**, 21. Januar. (Bürgermeister Köthe[illegible]) wurde mit großer Majorität auf weitere 12 Jahre wiedergewählt. Sämtliche Parteien hatten sich vereinigt.

„H.J." Sportberichte

— B. f. L.-Halle. Die Hallenmeisterschaften 1919/20 der leichtathletischen Abteilung werden für Jugendliche am Sonnabend, den 24. Januar, nachmittags 7 Uhr, für Senioren und Damen am Sonntag, den 25. Januar, vormittags 9 Uhr in der Turnhalle des städtischen Gymnasiums (Eingang Luisenstraße), ausgetragen. Nennungen werden bis zum Start angenommen.

s. **Deutsches Turn- und Sportabzeichen.** Entsprechend der Umänderung des Namens „Deutsches Sportabzeichen" in „Deutsches Turn- und Sportabzeichen" sind den einzelnen Bedingungen auf dessen Erwerbung auf Antrag der Deutschen Turnerschaft folgende Uebungen hinzugefügt worden: In Gruppe 2 (Springen): Grätsche über das langgestellte, 1,20 Meter hohe Pferd ohne Pauschen, ohne Benutzung eines Sprungbretts; in Gruppe 4 (Körperfertigkeit) zu e) (Schwimmen) Großes Reck. Mit Mitgriff Schwungstemme in den freien Sitz, freie Felge, Stützkippe, Unterschwung; zu f) (Eislaufen) Barren. Aus dem Außenquerstand am schulterhohen Barren: Sprung in den Sitz mit Vorschwingen, Rückschwingen in den Handstand, Senken in den Oberarmstand, Rolle vorwärts in den Oberarmstand, Vorschwingen, Kippe, Wende; zu h) (Lawn-Tennis) Faustball. Mitglieder der Deutschen Turnerschaft, die während einer Spielzeit als Angehörige einer Kreismeisterschaft die Wettspiele um die Deutsche Meisterschaft mit ausgefochten haben. In Gruppe 5 (Dauerprüfung) Schlagball. Mitglieder der Deutschen Turnerschaft, die während einer Spielzeit als Angehörige einer Kreismeisterschaft die Wettspiele um die Deutsche Meisterschaft mit ausgefochten haben, und Zwölfkampf. Mitglieder der Deutschen Turnerschaft, die in dem betreffenden Jahre Sieger mit wenigstens zwei Drittel der erreichbaren Punktzahl auf einem Kreisturnfest oder auf einem deutschen Turnfest geworden sind.

k. **Der 3. Verbands-Wettlauf des Ski-Verbandes Sachsen**, eine der größten sportlichen Veranstaltungen des Winters, verbunden mit der Austragung der Meisterschaft von Sachsen, findet am 24. und 25. Januar in Oberwiesenthal, dem herrlich gelegenen Wintersportplatz im Erzgebirge zum Austrag. Das Programm weist u. a. folgende Veranstaltungen auf: Meisterschaft von Sachsen, offen für alle Mitglieder des Deutschen Skiverbandes und der von ihm anerkannten Vereine. Der Sieger erhält den Titel Meisterläufer von Sachsen 1920 sowie Urkunde und Ehrenpreis; D. R. V.-Pokal, gegeben von der Skiabteilung des Deutschen Rudervereins für den Verein des D. S. V., der zum Verbandswettlauf des Skiverbandes Sachsen dreimal in beliebiger Reihenfolge den Junior mit der besten Durchschnittsnote im Lenz- und Sprunglauf entsendet; Wanderpreis des Kreises West-Erzgebirge S. V. S. für die siegende Mannschaft eines Vereins im S. V. S.; Wanderpreis des Kreises West-Erzgebirge S. V. S. für den besten Junior in Klasse II. Ausschreibungen und Nennungslisten sind durch R. Müller, Oberwiesenthal, Tel.-Nr. 8, zu beziehen. Auskünfte bezüglich des Sportfestes erteilt der Vorsitzende des Pressesausschusses, Redakteur Apfe, Chemnitz, Tel. 6300—6305 (Allg. Zeitung).

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✠ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Industrie, Handel, Handwerk

Silbergeld. Infolge der ganz außerordentlichen Steigerung der Silberpreise ist der Metallwert der Silbermünzen weit über den Nennwert gestiegen. Infolgedessen sind diese Münzen völlig aus dem Verkehr verschwunden, so daß sie tatsächlich als Hamsterungsmittel keine Verwendung mehr finden. Mit Rücksicht hierauf besteht die Absicht, sämtliche Reichssilbermünzen in nächster Zeit außer Kurs zu setzen. Um diese außer Kurs zu setzenden Münzen dem deutschen Wirtschaftsleben nutzbar zu machen, kaufen auf Anordnung des Reichsbank-Direktoriums die Reichsbankhauptkasse und die sämtlichen Zweiganstalten der Reichsbank die Silbermünzen schon jetzt zu einem dem Marktpreise des Inlandes entsprechenden Preise an, und zwar bezahlen sie fürs

Einmarkstück	6,50 Mark
Zweimarkstück	13,00 „
Dreimarkstück	19,50 „
Fünfmarkstück	32,50 „
eine halbe Mark- oder altes Fünfzigpfennigstück	3,25 „
silberne Zwanzigpfennigstück	1,30 „

Für einen alten Taler werden auf Grund seines höheren Feingehaltes 21,50 Mark gezahlt. Voraussetzung für die vorstehenden Preise ist, daß die Münzen Passiergewicht haben. Bei leichteren Münzen wird ein entsprechender Abzug gemacht.

Erhöhung des Herstellungspreises für Margarine. Der Preis für Margarine, die in Deutschland hergestellt wird, ist als Fabrikpreis von 8,97 auf 14 Mk. für das Kilogramm erhöht worden. Diese unfangreiche Preiserhöhung hätte noch größer sein sollen, wenn es den Erzeugern nicht gelungen wäre, sich rechtzeitig mit den nötigen Rohmaterialien eingedeckt.

Neue Richtpreise für Dachpappen. Infolge weiterer Steigerung der Rohstoffpreise und aller sonstigen Produktionsunkosten hat sich der Verband deutscher Dachpappenfabrikanten veranlaßt gesehen, neue Richtpreise herauszugeben, die für Westdeutschland wegen der besonderen Verhältnisse keine Gültigkeit haben sollen, ebenso nicht für den Kleinverkauf der Fabriken. Die Preise stellen sich für Dachpappen mit 80er, 100er, 150er und 200er Rohpappeneinlage auf 4,50 Mark, 3,60 Mark, 2,80 Mark und 2,30 Mk. für das Quadratmeter frei Eisenbahnwagen auf den Verladebahnhof des Verkäufers geliefert gegen sofortige Barzahlung ohne Abzug.

Aktiengesellschaften

Die Ver. Gummiwarenfabriken Harburg-Wien vorm. Menier-J. N. Reithoffer in Harburg berufen zum 14. Februar eine außerordentliche Generalversammlung, um über eine Erhöhung des Aktienkapitals um 6 Millionen Mark auf 12 Millionen Mark Beschluß zu fassen.

Benz u. Cie., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik A.-G. in Mannheim. Die bereits angekündigte Kapitalserhöhung wird von einem Konsortium unter Führung der Rheinischen Creditbank durchgeführt. Das Konsortium wird die Aktien den alten Aktionären im Verhältnis von 2:1 zu 112 Prozent anbieten. Mit Aufträgen sei die Gesellschaft sowohl für das Inland wie das Ausland auf lange Zeit hinaus in großem Umfange versehen.

Orenstein u. Koppel A.-G. Der außerordentlichen Generalversammlung, welche über die Erhöhung des Aktienkapitals beschließen haben wird, wird auch ein Antrag der Verwaltung unterbreitet, eine Aenderung der Firma vorzunehmen. Die Firma soll in Zukunft lauten „Orenstein u. Koppel A.-G."

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Börse war heute nicht einheitlich. Im Montanmarkte waren vielfach Erholungen zu verzeichnen. Laura gewann 12, Deutsch-Luxemburg 14, Harpener, Oberschlesische Eisenbed. und Phönix-Aktien etwa 7 Prozent. Schiffahrtsaktien stellten sich niedriger, mit Ausnahme von Hansa, die von dem gestrigen Verlust 12 einholte. Von Spezialpapieren setzte Augsburg-Nürnberg-Maschinen die Aufwärtsbewegung mit einem Gewinn von 25 fort. Erheblich gedrückt waren Schantungbahn auf den Hinweis, daß Japan eine Verpflichtung zur Entschädigung der Aktionäre nicht anerkennt und die Entschädigung durch das Reich den Erwartungen nicht entsprechen wird. Im Zusammenhange damit waren auch andere Bahnwerte gedrückt, wie vor allem Kanada und mexikanische Anleihe, dagegen stiegen Sloman, Salpeter, Südseephosphat und Deutsche Uebersee-Elektrische beträchtlich in der Erwägung, daß die Verwertung im Auslande frei sei. Türkenlose setzten die Aufwärtsbewegung fort. Auch österreichische und ungarische Anleihen waren teilweise gebessert. Heimische Anlagewerte waren wenig verändert. Im späteren Verlaufe war die Tendenz allgemein festeren Anstrich. Auch Schantungbahnen gewannen einen Teil des anfänglichen Verlustes wieder zurück.

Börsenvorbericht. Die Börse war bei Eröffnung ungemütlich. Bergwerks- und Hüttenaktien holten meist die gestrigen Verluste wieder ein. Schantungbahnaktien waren stark gedrückt auf den Hinweis, daß Japan eine Verpflichtung zur Entschädigung der Aktionäre der Bahn nicht anerkennt. Es war die Tendenz meist unglaublich. Schiffahrtswerte waren gedrückt. Im späteren Verlaufe war die Grundstimmung etwas fester. Namentlich einzelne Kolonialwerte, wie Sloman, Südseephosphat und Deutsch-Uebersee-Elektrische, lagen höher. Zum Schluß war Laurahütte stark steigend.

Produktenbericht. Hafer stellte sich bei knappem Angebot wiederum höher. Von Hülsenfrüchten waren gute inländische Erbsen gesucht. Ackerbohnen wurden zu höheren Preisen gesetzt. Peluschken waren gut behauptet. Für Wicken bestand überwiegend Nachfrage, ebenso für Lupinen und Serradella. Heu und Stroh waren fest. Letzteres wurde höher bezahlt.

Hafernotierungen:

Berlin, 21. Jan. Inländischer Hafer, für 1000 kg in M. loko ab Speicher frei Waggon —.—, loko Versendung 31,00—32,00, sofortige Abladung ab Abladestation 30,00—31,50 Mk. Tendenz: —.—

Auszahlungen. Berlin, 21. Januar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	2401.—	2413.—	Oesterreich abgst.	21.67½	21.[illegible]
Dänemark	1099.00	1104.00	Prag	81.00	[illegible]
Schweden	1299.00	1301.00	Ungarn	25.67½	25.[illegible]
Norwegen	1199.00	1201.00	Sofia	1134.00	1[illegible]
Schweiz	1139.00	1141.00	Finnland	250.75	[illegible]
Oesterreich	38.47½	28.52½			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Werte	
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	78.—	Deutsche Erdöl	[illegible]
5% Deutsche Reichsanl.	17.80	Deutsche Gasglühl.	[illegible]
4 „ „ „	64.75	Deutsch. Kali	[illegible]
3½ „ „ „	29.—	Deutsche Waff. u. Mun.	[illegible]
3 „ „ „	68.90	Donnersmarckhütte	[illegible]
2½ „ „ „	20.—	Döring u. Lobenstein	[illegible]
Preuss. Konsols	63.40	Dürkoppwerke	[illegible]
3 „ „	48.80	Elberfelder Farben	[illegible]
Chart. Stadtanl. 99/00	92.20	Engelhard Brauerei	[illegible]
Magdeb Stadtanl. 91/06	91.10	Felten u. Guilleaume	[illegible]
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—	Gasmotoren Deutz	[illegible]
Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	80.25	Gebhardt u. Co.	[illegible]
Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 191	100.10	Gebhardt u. König	[illegible]
4% Dessauer Gas-Oblig.	—.—	Gelsenkirch. Bergw.	[illegible]
4 „ „	92.25	Glanziger Zuckerfbr.	[illegible]
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	[illegible]
Oesterr. Kron.-Rente	20.75	Hann. Masch.	[illegible]
Ungar. Gold-Rente	72.50	Harpener Berg	[illegible]
Ungar. Kronen-Rente	34.50	Hasper Eisen	[illegible]
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	[illegible]
Halberstadt-Blankenb.	82.—	Höchster Farbw.	[illegible]
Halle-Hettstedter	67.75	Hoesch Eisen u. Stahl	[illegible]
Schantungbahn	57.—	Hohenlohe-Werke	[illegible]
Allg. Lokal-Str	135.—	Humboldt-Masch.	[illegible]
Gr. Berl. Str.	127.50	Ilse-Bergbau	[illegible]
Magdeburger Str.-B.	150.—	Kahla-Porzellan	[illegible]
Lux. Prinz Heinrich-B.	60.—	Kaliw. Aschersleben	[illegible]
Orientbahn	435.—	Körbisd. Zucker-Akt.	[illegible]
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	[illegible]
Hamb. Paketfahrt	148.50	Lahmeyer u. Co.	[illegible]
Hamb. Südamerika	249.—	Landw. Bank d. Pr. Sa.	[illegible]
Hansa Dampfschiff	212.—	Lauchhammer	[illegible]
Nordd. Lloyd	168.½	Laurahütte	[illegible]
Banken:		Lingel. Erfurt	[illegible]
Bank für Thür.	139.25	Linke u. Hofmann	[illegible]
Berl. Handelsges.	175.25	Ludwig Loewe u. Co.	[illegible]
Comm u. Privatbank	140.—	Lothringer Hütte	[illegible]
Darmstädter Bank	135.50	Mannesmannröhren	[illegible]
Deus. Landesbank	110.—	Maschinenfabr. Buckau	[illegible]
Deutsche Bank	263.50	Oberschl. Eisenb.-Bed.	[illegible]
Diskonto-Comm.	204.50	do. Caro Heg.	[illegible]
Dresdner Bank	173.—	do. Kokswerke	[illegible]
Credit-Anst. Leipzig	153.—	Orenstein u. Koppel	[illegible]
Mitteld. Kreditbank	137.50	Phönix-Bergb.	[illegible]
Privat-Bank	135.50	Rhein. Metall-Vorz.	[illegible]
Nationalbank	135.75	Rhein Stahlwerke	[illegible]
Oesterr. Kredit	31.8—	Riebeck. Montan	[illegible]
Reichsbank	147.½	Rombacher Hütten	[illegible]
Industrie-Aktien:		Rositzer Brannk.	[illegible]
Schultheiss-Brauerei	380.—	Rositzer Zucker	[illegible]
Akt. f. Anzin	3[illegible]	Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Allgem. Elektr.-Ges.	284.50	Hugo Schneider u. Co	[illegible]
Ammendorfer Papierf.	650.—	Schuckert u. Co.	[illegible]
Anhalter Kohlenw.	265.—	Siemens u. Halske	[illegible]
Annaberger Steingut	30.0—	Stettiner Chamotte	[illegible]
Badische Anilin	460.—	Stettiner Vulkan	[illegible]
Bergmann-Elekt.-Akt.	226.50	Stollberger Zinkh.	[illegible]
Berl. Masch.-Ban	275.—	Strala. Spielkarten	[illegible]
Bismarckhütte	330.—	„Terra", Samen-A.-G.	[illegible]
Bochumer Gußstahl	300.—	Thale-Eisenhütte	[illegible]
Chem. Fabrik Buckau	[illegible]	Triptis-Akt.-Ges.	[illegible]
Chem. Griesheim	225.—	Türkische Tabakregie	[illegible]
Chem. v. Heyden	830.—	Ver. Köln-Rottweiler	[illegible]
Consolidation Schalke	425.—	Glanzstoff Elberf.	[illegible]
Cröllwitzer Papierfabr.	—.—	Wegelin u. Hübner	[illegible]
Daimler-Motoren	300.—	Wersch.-Weissenf. Brk	[illegible]
Deutsch-Luxemburg	277.75	Westeregeln-Alkali	[illegible]
Deutsche Uebersee-El.	868.—	Wittener Gußstahl	[illegible]
		Wrede-Mälzerei	[illegible]
		Zeitzer Masch.	[illegible]
		Zellstoff Waldhof	[illegible]
		Otavi-Minen	[illegible]

Tendenz: fest.

Auf vielseitigen Wunsch

unserer verehrlichen Leser ist der in Nummer 8 der Halleschen Zeitung vom 6. Januar erschienene Artikel

„Der Dolchstoß der Heimat"

als Sonderdruck erschienen.

Bestellungen nimmt entgegen der

Verlag der „Halleschen Zeitung"

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Wirtschaft und Sport: Hans Heilig; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: L. B. Erich Gellstein.
Redigiertel: Tonl Seiten: Gedruckt in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001221-13/fragment/page=0004